Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Kommission für Umwelt,
Raumplanung und Energie
Herr Nationalrat
Roger Nordmann, Präsident
Bundeshaus
3003 Bern

25. September 2018

Vernehmlassung zu 15.486 Iv.Pa. Amstutz: Feldschiessen und historische Schiessen auch nach 2020 ermöglichen – Änderung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG)

Sehr geehrter Herr Nationalrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 3. Juli 2018 haben Sie die Vernehmlassung zu 156.486 Iv.Pa. Amstutz: Feldschiessen und historische Schiessen auch nach 2020 ermöglichen – Änderung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG) eröffnet. Wir nehmen wie folgt zum titelerwähnten Entwurf Stellung.

Ablehnung Kommissionsentwurf und Zustimmung für den Antrag der Minderheit 1

Der Kanton Solothurn lehnt den Kommissionsentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG; SR814.01) ab. Er unterstützt den Antrag der Minderheit 1 des Kommissionsentwurfs. Mit diesem Minderheitsantrag, der die Frist bis Ende Dezember 2028 verlängert, bleibt genügend Zeit, um Lösungen zu finden, damit die historischen Schiessen und Feldschiessen mit Anpassungen der Scheibenstände, zum Beispiel mit mobilen Kugelfängen oder sogenannten Bigbags, weiterhin durchgeführt werden können.

Begründung

Wird keine Frist für Massnahmen an den Scheibenständen vorgegeben, wie es die Kommissionsmehrheit empfiehlt, werden die Kugelfänge und ihr Umfeld unter Umständen über Jahrzehnte weiter mit Blei und Antimon verunreinigt. Dies würde dazu führen, dass die später in jedem Fall nötige Entsorgung der Geschosse und des belasteten Bodenmaterials deutlich höher ausfallen würde, als wenn eine Frist bis Ende 2028 gesetzt wird.

Die Kosten dieser Sanierungen tragen an und für sich die Verursacher (Art. 32d USG) nach Abzug der VASA-Beiträge. Es ist aber davon auszugehen, dass die verbleibenden Restkosten nicht vollumfänglich von den Schützenvereinen und den Grundeigentümern finanziert werden können. Die verbleibenden Ausfallkosten, die bedeutend grösser werden, wenn keine Frist für Vorkehrungen an den Scheibenständen gesetzt wird, müssen von den Kantonen übernommen werden. Deshalb erachten wir es als wichtig, dass weiterhin eine Frist besteht, bis Vorkehrungen an den

Scheibenständen getroffen werden müssen.

Der Vorschlag der Minderheit 1 kommt dem Bedürfnis der Schützenvereine entgegen, dass ihnen genügend Zeit verbleibt, um zu prüfen, welche Schiessanlässe sie künftig an welchen Orten weiter durchführen wollen und mit welchen Vorkehrungen an den Scheibenständen verhindert werden soll, dass ab dem Jahr 2029 keine Bodenverunreinigungen mehr stattfinden.

Viele Feldschiessen stehen vor denselben Herausforderungen wie die historischen Schiessen. Zudem blicken die Feldschiessen auf teilweise ältere Traditionen als die historischen Schiessen zurück. Auf eine Unterscheidung zwischen historischen Schiessen und Feldschiessen ist daher zu verzichten. Damit sollen nicht nur für die historischen Schiessen, sondern auch für die Feldschiessen der neue Termin (Ende Dezember 2028) gelten.

Art. 32e Abs. 3 Bst. C^{bis} USG ist daher anzupassen. Der Artikel soll lauten:

"*c^{bis} geeignete Schutzmassnahmen wie Kugelfänge bei historischen Schiessen sowie bei Feldschiessen*".

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Roland Heim
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber